

ROTE POST

ABGEORDNETENBLÄTTLE



MARTIN ROSEMANN
SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETER FÜR TÜBINGEN



DOROTHEA KLICHE-BEHNKE
SPD-LANDTAGSABGEORDNETE FÜR TÜBINGEN

Liebe Leser:innen,

Russland, die größte Atommacht der Welt, versucht mit militärischen Mitteln in imperialistische Manier die Grenzen souveräner Staaten zu verschieben: Realität in Europa im Jahr 2022 – und keiner weiß, wo das aufhören soll. Das ist die Zeitenwende, von der Bundeskanzler Olaf Scholz gesprochen hat. So undenkbar der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine noch zu Jahresbeginn war, so real ist diese humanitäre Katastrophe für die Ukraine, für Europa. Und sie hat verheerende Auswirkungen für die ganze Welt. Doch zu den schrecklichen Bildern und Berichten kommt zugleich der überwältigende Mut der Ukrainer:innen, die nicht nur ihr Land und ihr Leben verteidigen, sondern auch unsere gemeinsamen Werte: Freiheit und Demokratie. Dieser Krieg verlangt neue außen- und sicherheitspolitische Antworten. Wir müssen die Ukraine mit allen Mitteln unterstützen, so dass die Ukraine bestehen kann und Russland nicht gewinnt. Und wir müssen unsere Sicherheit und die unserer Partner – gerade im Osten Europas – sicherstellen. Aber der Krieg fordert uns auch im Innern unserer Gesellschaft heraus. Er verlangt unsere humanitäre Verantwortung gegenüber den Geflüchteten, verlangt die noch schnellere Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen, vor allem von russischen Rohstoffimporten, und er sorgt mit steigenden Preisen für massive Belastungen. Auch für viele Firmen

gerade im Industrie- und Exportland Baden-Württemberg ist der Krieg eine enorme wirtschaftliche Herausforderung.

Liebe Leser:innen, wir leben in schwierigen Zeiten. Die damit verbundenen Herausforderungen können wir bewältigen, wenn wir als Gesellschaft zusammenhalten. Gerade auch deshalb haben die zentralen Vorhaben der SPD in Bund und Land nichts an ihrer Dringlichkeit verloren: Deutschland und Baden-Württemberg klimaneutral machen, sozialer Fortschritt und gesellschaftliche Modernisierung. In dieser Roten Post möchten wir Sie über unsere Arbeit in Berlin und Stuttgart, aber auch hier vor Ort im Wahlkreis informieren. Und wir möchten Ihnen zeigen, wofür wir uns im Bundestag und im Landtag einsetzen, um Ihr Leben in diesen Zeiten ein Stück besser zu machen.

Viel Spaß bei der Lektüre!

Ihr Martin Rosemann

Ihre Dorothea Kliche-Behnke

KONTAKT

BÜRGERBÜRO MARTIN ROSEMANN
Karlstraße 3
72072 Tübingen

07071 44 00 438
martin.rosemann.wk@bundestag.de

Martin Rosemann
 @rosemannm
 @MartinRosemann

BÜRGERBÜRO DOROTHEA KLICHE-BEHNKE
Karlstraße 3
72072 Tübingen

07071 8555-400
dorothea.kliche-behnke@spd.landtag-bw.de

Dorothea Kliche-Behnke
 @kliche_behnke
 @kliche_behnke

Nächste Sprechstunde:
Mittwoch, 3. August 2022
16:00 - 18:00 Uhr
Anmeldung unter: 07071 8555-400

BERICHT AUS BERLIN: MARTIN ROSEMANN IM INTERVIEW

Seit der letzten Roten Post hat sich einiges bei Ihnen getan. Wie hat sich Ihre Arbeit in Berlin verändert?

Als neuer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für Arbeit und Soziales bin ich jetzt für die gesamte Breite dieser Politikbereiche zuständig. Damit kann ich viele zentralen Projekte dieser Legislaturperiode entscheidend mitgestalten: die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro und die Stabilisierung und Stärkung der Rente, das neue Bürgergeld und die Unterstützung von Beschäftigten im Strukturwandel, einen inklusiveren Arbeitsmarkt und mehr Barrierefreiheit, aber auch die Entlastungspakete, mit denen wir die Folgen der massiven Steigerung der Energiepreise lindern wollen.

Was sind Ihre wichtigsten Ziele in der neuen Funktion?

Mein Ziel ist, das Leben für die Bürger:innen leichter zu machen. Der Umgang zwischen Staat und Bürger:innen muss unbürokratischer werden. Wenn jemand Unterstützung braucht, muss er oder sie die auch bekommen. Und ich will zielgenau jene Beschäftigten unterstützen, die vom Strukturwandel besonders betroffen sind. Sicherheit heißt heute auch, neue Perspektiven zu eröffnen, wenn das nötig ist. Für all das braucht es das Verständnis des Sozialstaats als Partner, der auf Augenhöhe mit den Bürger:innen kommuniziert, nicht als Obrigkeitsstaat. Unser Motto „Mehr Respekt“ müssen wir mit Leben füllen. Dazu gehören anständige Löhne und faire Regeln auf dem Arbeitsmarkt.

Kurz nach dem Amtsantritt von Olaf Scholz als Bundeskanzler ließ Putin die Ukraine angreifen. Wie blicken Sie auf diesen Krieg?

Die Welt hat sich seit dem 24. Februar grundlegend verändert. Es ist in allererster Linie natürlich eine menschliche Tragödie, die sich nun schon seit Monaten in der Ukraine abspielt, mit zehntausenden Toten, entsetzlichen humanitären Zuständen und grausamsten Kriegsverbrechen durch die russischen Truppen. Die Bilder, die uns aus Butscha, Mariupol oder aktuell aus dem Osten des Landes erreichen, lassen mich nicht mehr los. Eine Katastrophe für die Ukraine mit verheerenden Auswirkungen für die ganze Welt – das wird durch den Mangel an Getreide, vor allem in Entwicklungsländern, immer deutlicher.

Gleichzeitig muss man sich vor Augen halten: hier versucht die größte Atommacht der Welt auf militärischem Wege Grenzen in Europa zu verschleiben – ein ungeheurer Vorgang, der doch eigentlich in die Geschichtsbücher gehören sollte. Das ist die Zeitenwende, von der Olaf Scholz gesprochen hat. Wir wissen auch nicht, wo das enden soll. Und das verändert die Sicherheitslage von Ländern wie Lettland, Estland und Litauen, aber auch von Polen.

Es wäre übrigens ein Missverständnis zu glauben, der russische Angriff habe etwas damit zu tun, dass Russland in irgendeiner Weise durch die NATO bedroht wäre. Das ist schlicht falsch. Die NATO ist ein reines Verteidigungsbündnis und ein Beitritt der Ukraine zur NATO stand vor dem russischen Angriff gar nicht zur Debatte. Die Wahrheit ist wohl eher, dass Putin und sein Regime Angst davor haben, dass sich die Ukraine für die Demokratie entschieden hat. Der Krieg ist damit auch ein Angriff auf unsere demokratischen Werte und unsere Freiheit.

Die Ukraine wurde grundlos und völkerrechtswidrig angegriffen und hat jedes Recht sich zu verteidigen. Und aus den genannten Gründen müssen wir alles dafür tun, dass Russland diesen Krieg nicht gewinnt und stattdessen die Ukraine und die Demokratie gewinnen.

Werden wir doch Mal ganz konkret: wie unterstützt Deutschland die Ukraine aktuell?

Auf sehr vielfältige und umfassende Weise: wir unterstützen mit finanziellen und humanitären Hilfen und mit der Aufnahme von Flüchtlingen. Über eine halbe Million Ukrainer:innen sind nun in Deutschland, meistens Frauen, oft mit Kindern. Viele der Geflüchteten sind gut ausgebildet. Sie wollen hier arbeiten und es ist auch in unserem Interesse, dass sie ihre Qualifikationen hier einbringen können. Daher ist es

richtig, dass sie jetzt Unterstützung direkt von den Jobcentern erhalten und so in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt integriert werden können. Deutschland ist seit Jahren der größte Geldgeber der Ukraine. Daran hat sich nichts geändert. Außerdem helfen wir der Ukraine mit Waffenlieferungen. Dabei geht es darum, ob diese Waffen der Ukraine nutzen, ob sie schnell einsatzbereit sind und ob sie helfen, die oben genannten Ziele zu erreichen. Nicht alle Waffen, über deren mögliche Lieferung öffentlich diskutiert wird, entsprechen diesen Kriterien. Dazu kommt, dass ja nicht nur das Gerät geliefert wird, sondern auch Ersatzteile und Munition. Seit Kriegsbeginn wurden schon sehr viel Material geliefert – von Artillerie bis zu Panzerhaubitzen – und auch ukrainische Soldat:innen an Geräten ausgebildet. Weitere Lieferungen sind geplant. Inzwischen gibt es auch eine Auflistung aller erfolgten und noch ausstehenden Waffenlieferungen auf [bundesregierung.de](https://www.bundesregierung.de). Wichtig ist, dass das in der NATO alles eng abgestimmt wird, denn kein NATO-Land darf selbst Kriegspartei werden. Olaf Scholz und seine Minister:innen haben einen Eid geleistet, Schaden vom Deutschen Volk abzuwenden.

Wie kann der Krieg denn beendet werden?

Ich bin ehrlich: eine wirklich gute Antwort darauf kann ich nicht geben. Denn Putin hat bisher alle diplomatischen Vorstöße ins Leere laufen lassen. Wichtig ist zunächst einmal, dass die Ukraine militärisch bestehen kann, dass es eine Art militärisches Patt gibt und Russland seine Ziele nicht erreicht. Irgendwann muss es dann aber zu Gesprächen kommen. Entscheidend ist: die Ukraine entscheidet selbst, zu welchen Bedingungen sie bereit ist, einen Waffenstillstand oder sogar eine Friedensvereinbarung mit Russland zu schließen.

Welche Rolle spielen die Sanktionen gegen Russland? Wirken die überhaupt?

Leider haben die Sanktionen bisher nicht dazu geführt, dass Russland die Kriegshandlungen eingestellt hätte oder zu ernsthaften Verhandlungen bereit wäre. Auch hier brauchen wir einen langen Atem. Russland wurde durch die Sanktionen wirtschaftlich weitgehend isoliert. Das betrifft den Finanzsektor, aber auch die Realwirtschaft. Auch ein Ölembargo ist Teil des Sanktionspakets. Unser gemeinsames Ziel ist es, Putins Regime und dessen Unterstützer:innen möglichst hart zu treffen, die Bevölkerung der EU aber möglichst wenig. Dies wäre bei einem sofortigen Gas-Embargo indes genau andersherum gewesen. Das sehen wir jetzt ganz deutlich, nachdem die russische Seite die Gasmenge reduziert hat. Leute, wie Herr Merz, die ein Gasembargo gefordert haben, schreien jetzt wegen der erhöhten Energiepreise. Ich bin froh, dass Olaf Scholz und seine Regierung die Dinge immer vom Ende her betrachten. Die Regierung arbeitet seit Monaten daran, Deutschland möglichst schnell von russischem Gas unabhängig zu machen.

Sie haben das Gas angesprochen. Wie geht das denn weiter? Was passiert, wenn Russland den Gashahn ganz zudreht?

Russland hat die Gaslieferungen nach Europa, auch nach Deutschland, schon gedrosselt. Wir beobachten die Situation ganz genau und bereiten uns auch gesetzlich vor: Sollte es zu einer Gasmangelange kommen, muss Deutschland den Gasverbrauch in der Stromerzeugung deutlich reduzieren können um die Folgen abzumildern. Außerdem sollen Kohle- und Mineralölkraftwerke als Ersatz befristet weiter offengehalten werden können. Gleichzeitig wird sichergestellt, dass die Fernwärmeversorgung gewährleistet bleibt und die Kosten nicht künstlich in die Höhe getrieben werden. Trotz dieser kurzfristigen Maßnahmen bleiben wir jedoch bei unserem anvisierten Ziel, den Kohleausstieg im Jahr 2030 zu vollenden!

Bereits jetzt sind die Energiepreise explodiert. Das trifft viele Haushalte massiv. Was macht denn die Bundesregierung, um zu helfen?

Die steigenden Preise treffen vor allem Haushalte sehr stark, die mit Gas heizen, auf das Auto angewiesen sind und die keinen dicken Geldbeutel haben. Darum kümmern wir uns, auch wenn wir nicht alle Preisstei-

gerungen durch den Staat ausgleichen können. Spürbare Entlastungen gibt es bereits: Der Mindestlohn ist in diesem Monat auf 10,45 Euro gestiegen – im Oktober werden es dann 12 Euro sein. Und wir haben bereits zwei Entlastungspakete mit insgesamt 30 Milliarden Euro sowie eine historische Rentenerhöhung verabschiedet. Von den einzelnen Maßnahmen profitieren alle, besonders aber diejenigen mit geringen Einkommen. Die weitere Entwicklung beobachten wir jetzt genau. Im Rahmen der konzertierten Aktion hat der Bundeskanzler Arbeitgeber, Gewerkschaften, Bundesbank und Wissenschaft zusammengeholt um weitere Maßnahmen gemeinsam abzustimmen.

Sie haben die Zeitenwende erwähnt, von der Bundeskanzler Scholz gesprochen hat. Was verändert sich denn genau?

Die veränderte Sicherheitslage bedeutet, dass unsere Zukunft in Freiheit nur dann gewährleistet werden kann, wenn wir bereit und fähig sind, sie auch militärisch zu verteidigen. Um unsere Sicherheit und die unserer osteuropäischen Partner in NATO und EU zu gewährleisten, brauchen wir eine moderne und einsatzfähige Armee. Dafür müssen wir die Bundeswehr endlich ausreichend ausrüsten. Die völlig veränderte Sicherheitslage bedeutet aber auch, dass wir auf schnellstem Wege die Unabhängigkeit von russischen Rohstoffen erreichen müssen.

Nun wurden 100 Milliarden Euro für ein Sondervermögen der Bundeswehr sogar grundgesetzlich verankert. Warum war das notwendig?

Wir brauchen die 100 Milliarden Euro, weil es ein massives Investitionsdefizit bei der Bundeswehr gibt, die über Jahre schlecht verwaltet und kaputt gespart wurde. Die Folge: nur um die Munitionsvorräte der Bundeswehr aufzufüllen brauchen wir etwa 20 Milliarden Euro. Wir machen das über ein Sondervermögen mit Grundgesetzänderung, weil die Schuldenbremse in der Verfassung steht und wir andere Aufgaben nicht gefährden wollen. Dazu gehören Maßnahmen zur Cybersicherheit oder zum Zivilschutz. Insbesondere stellen wir damit aber sicher, dass die Finanzierung zentraler sozialpolitischer Aufgaben gesichert bleibt: die Rentenstabilisierung, das Bürgergeld und die Kindergrundsicherung.

Manche sagen, angesichts der veränderten Weltlage müsse man die Prioritäten neu setzen. Stimmt das nicht?

Prioritäten müssen immer und laufend überprüft werden. Ich bin aber dagegen, äußere Sicherheit gegen soziale Sicherheit auszuspielen. Gerade in Zeiten der Unsicherheit muss Politik für Sicherheit sorgen.



EIN JAHR IM LANDTAG: DAS INTERVIEW MIT DOROTHEA KLICHE-BEHNKE

Dein erstes Jahr im Landtag ist bereits geschafft, als wirklichen Neuling im Parlament kann man dich nicht mehr bezeichnen. Was ist dein Zwischenfazit?

Nach über einem Jahr habe ich das Gefühl als Abgeordnete angekommen zu sein. Die Verantwortung sowohl für den Wahlkreis als auch als stellvertretende Fraktionsvorsitzende bringt viele Bürgersprechstunden, Gespräche und Besuche von Unternehmen und Einrichtungen, Gespräche mit Verbänden, häufige Reden im Parlament und zusätzliche Funktionen mit sich. Aber es macht mir bei allem Stress unglaublich viel Freude, meinen Wahlkreis im Landtag vertreten zu dürfen. In diesen Tagen trifft man mich auf Dorf-festen und Sommerfesten.

Und mit Blick nach vorn, was kommt nach der Sommerpause?

Ich freue mich über die BAföG-Reform: Wenn das Wintersemester losgeht, werden mehr Studierende einen Anspruch auf Förderung haben, und es gibt höhere Bedarfssätze.

Ein Herzenthema im Landtag ist für mich die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und die Umsetzung der Istanbul-Konvention. Deshalb werde ich mich verstärkt um die Finanzierung und die Situation von Frauenhäusern kümmern.

Ich habe keinerlei Verständnis dafür, dass die Regierung auch in diesen Sommerferien an der Praxis festhält, tausende Lehrkräfte in die Arbeitslosigkeit zu entlassen, um sie im September dann wieder einzustellen. In der letzten Sitzung vor der Sommerpause haben wir noch einmal versucht, damit Schluss zu machen. Aber CDU und Grüne haben geschlossen dafür gestimmt, die befristet eingestellte Lehrer:innen nicht weiter zu beschäftigen. Wir werden auch in Zukunft ein besonderes Augenmerk auf die Bildung legen.

Erinnerst du dich an besondere Momente deiner Zeit als Abgeordnete?

Ich verstehe die Aufgabe als Abgeordnete in erster Linie darin, konstruktive inhaltliche Vorschläge zu erarbeiten. Die ersten eigenen Gesetzesvorhaben mit auf den Weg zu bringen, gehört definitiv zu den guten Momenten als Abgeordnete. Wir haben mit der Reform des Pflegeassistenzgesetzes einen Aufschlag gemacht, um endlich etwas gegen den Fachkräftemangel in der Pflege zu unternehmen. Und mit der Idee eines Notfallfonds zum Erhalt regional notwendiger

Krankenhäuser und der Forderung nach einer Krankenhausstrukturplanung wollen wir endlich Klarheit und eine flächendeckende Krankenhausversorgung schaffen. Und dann ist da natürlich die Bundesversammlung: Frank-Walter Steinmeier als Bundespräsident wiederwählen zu dürfen war eine große Ehre. Sicherlich auch etwas Besonderes war deine Reise mit zwei Landtagskollegen an die polnisch-ukrainische Grenze nach Kriegsbeginn. Wie kam es dazu?

Meinen Kollegen Florian Wahl und Daniel Born und mir war wichtig vor Ort ein Bild von der Situation zu bekommen. Als wir Ende März im Grenzgebiet waren, hatte Polen zwei Millionen Geflüchtete aus der Ukraine aufgenommen. Und in allen Telefonaten in jenen Tagen hieß es: „Ihr könnt Euch das nicht vorstellen. 20.000 Geflüchtete am Tag, davon die Hälfte Kinder.“ Die humanitäre Situation im Fernsehen oder der Zeitung zu sehen ist das eine. Aber erst durch diese Reise habe ich wirklich begriffen, wie es den Menschen geht und was die Ehrenamtlichen von DRK, THW, polnischem Roten Kreuz und andere leisten.

Was hast du von dieser Reise mitgenommen?

Ganz viel Respekt vor den Leistungen der Menschen in Polen: Allein in Krakau – einer Stadt mit ca. 800.000 Einwohner:innen – lebten zeitweise 100.000 Geflüchtete. Der Einsatz der Hilfsorganisationen und der Menschen vor Ort hat mich tief beeindruckt. Aber auch die politische Erkenntnis: Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine gehen uns alle an und werden uns noch lange beschäftigen. Von der Zeitenwende zu reden ist das eine, sie wirklich zu sehen, etwas ganz Anderes. Wir haben Menschen getroffen, die vor dem Krieg geflohen sind und Familienangehörige zurücklassen mussten. Und wir haben Menschen getroffen, die an der EU-Außengrenze und damit mit der ständigen Angst leben, Russland könnte auch die Europäische Union angreifen. Und dort wird deutlich, warum wir enorme Integrationsanstrengungen unternehmen müssen.

Als Oppositionspolitikerin ist es deine Aufgabe, die Landesregierung zu kontrollieren und kritisch zu begleiten. Was kritisierst du besonders?

Die Skandale um Innenminister Thomas Strobel und Justizministerin Marion Gentges, die der Landespolizei und der Justiz nachhaltig geschadet haben, gehören jetzt schon zu den Tiefpunkten dieser Legislaturperiode. Thomas Strobl hat Dienstgeheimnisse an die

Presse weitergegeben und damit das Vertrauen der Polizei verspielt. Dafür gibt es jetzt einen Untersuchungsausschuss. Und Marion Gentges hat die gute Praxis, dass die Richterschaft bei der Besetzung von Richterposten mitreden kann, radikal in Frage gestellt. Sie verklagt nun ohne Not die Richterschaft, weil ihr deren Personalentscheidung bei der Besetzung der Präsidentin bzw. des Präsidenten am Oberlandesgericht nicht passt. Das ist in der Geschichte unseres Landes ein einmaliger Vorgang.

Es gibt bei Klima- und Gesellschaftspolitik durchaus Gemeinsamkeiten zwischen SPD und Grünen. Aber ich erlebe immer wieder, dass es dieser Landesregierung an Umsetzungskompetenz fehlt. Und meines Erachtens leidet in Baden-Württemberg der gesellschaftliche Fortschritt. Dass eine grün-geführte Landesregierung sich im Bundesrat enthält, wenn es um §219a und das Informationsverbot für Schwangerschaftsabbrüche geht, hat nicht nur mich überrascht.

Du hast es bereits angedeutet, die Bänke für die Opposition sind hart. Wenn du eine Sache an der Politik der Landesregierung ändern könntest, was wäre das?

Was dieser Regierung wirklich fehlt, ist eine echte gesellschaftspolitische Vision für Baden-Württemberg. Selbst wenn diese Landesregierung nicht mit einer Vielzahl Krisen konfrontiert wäre: Eine wirkliche Idee, wohin unser Land soll, gibt es nicht. Dabei brauchen viele gesellschafts- und sozialpolitische Themen jetzt eigentlich eine mutige Politik, die uns voranbringt. Bei vielen Fragen von der Gleichstellung der Geschlechter bis zum Ausbau der Windkraft, liegt Baden-Württemberg hinter den anderen Bundesländern und das obwohl wir ein reiches Land sind. Es fehlt nicht an Erkenntnissen oder an Geld, es fehlt an der schnellen Umsetzung und an konkreten Ergebnissen.

Zum Abschluss: Am 21. Juli war die letzte Plenarsitzung bis September, für den August verabschiedet sich der Landtag in die politische Sommerpause. Was hast du für die Zeit vor?

Ich freue mich schon auf einige Termine im Wahlkreis und in meinen Betreuungswahlkreisen, ich bin zuständig für fast den gesamten Regierungsbezirk. Dann steht auch noch der OB-Wahlkampf in Tübingen ins Haus, in den ich mich gerne einbringe. Aber ich werde die Zeit auch nutzen, um Kraft zu tanken und mich zu erholen. Ich freue mich sehr auf einen Urlaub in Kroatien mit meinem Mann und den Kindern.

GEZIELTE HILFEN IN DER KRISE

Der Krieg hat auch für Deutschland gravierende Folgen – für viele geht es aufgrund der aktuellen Preissteigerungen und der hohen Inflation um eine existenzielle Bedrohung. Doch gerade in Krisenzeiten darf der Sozialstaat als Partner die Menschen nicht alleine lassen. Um die Bürger:innen gegen die krisenbedingten Teuerungen zu unterstützen, hat die Ampelkoalition bereits zwei Entlastungspakete beschlossen. Mit einem einmaligen Heizkostenzuschuss von 270 Euro für Wohngeld-Empfänger:innen und 230 Euro für Empfänger:innen von Bafög, Bundesausbildungshilfe oder Ausbildungsgeld sowie einer Energiepreispauschale von 300 Euro für Erwerbstätige sollen

finanzielle Mehrbelastungen bei der Heizkostenabrechnung aufgefangen werden. Auch die EEG-Umlage ist bereits ab Juli weggefallen. Um Pendler:innen zu unterstützen wurde die Energiesteuer auf Kraftstoffe vorübergehend gesenkt und für drei Monate das 9-Euro-ÖPNV Ticket eingeführt. Für jedes Kind gibt es eine Einmalzahlung in Höhe von 100 Euro (Familienbonus), die nicht auf Grundsicherungsleistungen angerechnet wird. Erwachsene Empfänger:innen von Sozialleistungen erhalten einmalig 200 Euro. Ihre Kinder erhalten im Vorgriff auf die Kindergrundsicherung seit Juli einen monatlichen Sofortzuschlag von 20 Euro. Und auch für Rentner:innen gibt es gute Neu-

igkeiten: ab Juli gibt es ein kräftiges Rentenplus von 5,35 Prozent im Westen und 6,12 Prozent im Osten. Die größte Rentenerhöhung seit Jahrzehnten! Zudem hat Bundeskanzler Olaf Scholz die Konzertierte Aktion gestartet. Gemeinsam mit Gewerkschaften und Arbeitgebern sollen Lösungen für die Entlastung der Bürger:innen von den derzeit hohen Preisen diskutiert und erarbeitet werden. Natürlich helfen auch Lohnerhöhungen im Kampf gegen steigende Verbraucherpreise. Diese werden auf bewährte Art und Weise im Rahmen der Tarifautonomie verhandelt.

EIN PLUS FÜR 3 MILLIONEN EM-RENTNER:INNEN

Auch bei den Erwerbsminderungsrenten gibt es endlich Verbesserungen, für deren Einführung ich mich viele Jahre eingesetzt habe. Von der Neuregelung profitieren rund drei Millionen Menschen! Wer zwischen Januar 2001 und Juni 2014 in Erwerbsminderung getreten ist, bekommt ab Juli 2024 7,5 Prozent mehr Rente ausbezahlt. Wer zwischen Juli 2014 und Dezember 2018 erstmalig Erwerbsminderungsrente

bezogen hat, erhält 4,5 Prozent mehr. Das bedeutet eine spürbare Entlastung für die, die schon lange erwerbsgemindert sind sowie die Schließung einer bestehenden Gerechtigkeitslücke. Das ist nicht nur in Bezug auf die aktuelle Situation, sondern auch in Hinblick auf die Verhinderung von Altersarmut zentral. Denn es geht um Respekt für die Leistung derjenigen, die ihr ganzes Leben gearbeitet haben.

NOCH IMMER AKTUELL: CORONA

Neben dem Krieg in der Ukraine ist leider auch die Corona-Pandemie noch immer nicht vorbei. Mit Blick auf das Infektions- und Variantengeschehen mache ich mir Sorgen um eine neue Welle. Die wird kommen, entweder im Herbst oder schon früher. Niemand möchte die erneute Gefahr von Überlastungen in Krankenhäusern. Deshalb müssen wir endlich den Teufelskreis der Pandemie beenden. Gesundheitsminister Karl Lauterbach hat deshalb einen 7-Punkte-Plan vorgelegt und arbeitet an einem effektiven Infektionsschutzgesetz, für das er eine Rekordsumme im Bundeshaushalt erhalten hat. Teil der Vorkehrungen betreffen die nach wie vor notwendigen Corona-Impfungen. Im März ist die Impfpflicht im Bundestag gescheitert – eine Maßnahme, für die ich mich sehr eingesetzt hatte. Das Scheitern der Impfpflicht ist sehr ärgerlich und dass parteitaktische Spielchen der CDU/CSU der Grund dafür waren noch mehr. Frei nach dem Motto: „Erst die Partei, dann das Land!“. Verantwortungsbewusstes Verhalten sieht anders aus und alle, die sich gegen die Impfpflicht gewendet und sich einem Kompromiss verweigert haben, tragen die Verantwortung dafür, wenn es im Herbst zu einer Überlastung des Gesundheitswesens kommt, zu verschobenen Operationen, wenn Gaststätten und Geschäfte nur eingeschränkt öffnen können oder Schulen und Kitas geschlossen werden. Es bleibt zu hoffen, dass die Pandemie in den kommenden Monaten in eine so genannte endemische Phase kommt. Das setzt aber gerade voraus, dass die Impfquote ausreichend hoch ist – das haben wir leider noch immer nicht erreicht. Mein Appell bleibt deshalb bestehen: lassen Sie sich impfen und schützen Sie sich und andere!

BESCHLOSSEN: DER 12-EURO-MINDESTLOHN

Auch wer aktuell im Erwerbsleben steht, hat Respekt verdient. Die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro im Oktober sorgt deshalb dafür, dass Millionen von Beschäftigten am Ende des Monats mehr Geld in der Tasche haben werden! Damit wird eines der zentralen Versprechen der SPD im Koalitionsvertrag endlich eingelöst! Ein Meilenstein, der für jene, die für den Mindestlohn arbeiten, eine Lohnerhöhung von mehr als 20 Prozent bedeutet. Wichtig: Von dieser Lohnerhöhung profitieren vor allem Frauen und diejenigen, die von Altersarmut bedroht sind.

KINDER UND JUGENDLICHE ENDLICH IN DEN FOKUS

Über zwei Jahre, und damit eine sehr lange Zeitspanne im Leben von Kindern und Jugendlichen, waren diese massiv von Corona und den Pandemie-Maßnahmen betroffen. Die Haltung der SPD Baden-Württemberg ist seit unserem Parteitag im Mai klar: Wir wollen Kinder schützen. Wir wollen Kinder stärken. Wir wollen Kinder beteiligen.

Häusliche Gewalt hat zugenommen, viele Kinder haben in der Schule den Anschluss verloren, psychische Belastungen nehmen zu. Politisch muss hier endlich mehr getan werden: Es braucht beispielsweise mehr psychologische Unterstützung. Die Kassenärztliche Vereinigung in Hessen hat auf den Bedarf reagiert und Kinder- und Jugend-Psychotherapeut:innen ohne Kassenzulassung für zwei Jahre eine Notfallzulassung ausgestellt, damit mehr Kinder behandelt werden können. Baden-Württemberg sollte hier nachziehen. Einsamkeit ist insbesondere für viele Jugendliche ein oft unterschätztes Problem.

Es ist entscheidend, dass Kinder und Jugendliche end-

lich selbst zu Wort kommen können. Die Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen auf 16 ist ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung. Kinder und Jugendliche müssen bei sozialen und politischen Entscheidungen, die sie betreffen, beteiligt werden. Und Kinderrechte gehören endlich ins Grundgesetz, damit Schutz, Förderung und das Ernstnehmen ihrer Meinung endlich garantiert wird.

Angesichts der Folgen von Corona, der Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und der Inflation hat Olaf Scholz ein wichtiges 30-Milliarden-Entlastungspaket auf den Weg gebracht. Deshalb beschließen wir in diesem Monat im Landtag einen Kinderbonus für Familien, die Leistungen nach dem 12. Sozialgesetzbuch beziehen. Ich habe im Landtag klar gemacht, dass der Kinderbonus nur eine Brücke bis zur Kindergrundsicherung sein kann, die die Bundesregierung bis 2025 auf den Weg bringt. Mit der Kindergrundsicherung werden wir die Familienförderung neu regeln, denn jedes fünfte Kind in Deutschland ist in unterschied-

licher Form von Armut betroffen.

Weil insbesondere Familien mit kleinen Einkommen darunter leiden, dass die Preise für Butter und Brot, aber auch für Strom und Heizung steigen, sollte auch die Landesregierung sich in der Pflicht sehen, jetzt konkrete Entlastungen umzusetzen. Als SPD schlagen wir ein Energiegeld für Baden-Württemberg vor, das an Bezieher:innen von Wohngeld, Kinderzuschlag oder Bafög ausbezahlt wird.

Die Sommerferien stehen vor der Tür. Während viele Menschen sich auf ihren Urlaub freuen, gibt es einige Familien, die nicht über finanzielle Mittel verfügen, eine Reise zu machen. Deshalb schlagen wir vor, dass alle Kinder und Jugendlichen in den Ferien kostenfrei Eintritt in die Wilhelma bekommen und dass das Land wieder in die finanzielle Unterstützung von Familienhilfeangeboten einsteigt. Unsere Kinder haben das verdient.

RAUS AUS ÖL UND GAS

Hermann Scheer, einer der wichtigsten Vorkämpfer für die Energiewende, sagte einmal, dass der Wechsel zu erneuerbaren Energien eine zivilisationsgeschichtliche Bedeutung habe. Selten hat sich das so wahr angefühlt wie dieser Tage: Seit Jahren wissen wir, dass die Unabhängigkeit von fossiler Energie entscheidend ist, um den Klimawandel zu bekämpfen. Aber seit Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Energiewende eine neue politische Dringlichkeit bekommen. In Baden-Württemberg wurden 2019 knapp zwei Drittel aller Heizungen mit Öl oder Gas betrieben. Es besteht das Risiko, dass wir im Winter ohne russisches Gas vor massiven Ausfällen in der Wärmeversorgung dastehen. Das Thema eignet sich nicht für Parteipolitik. Stattdessen müssen Bund, Länder und Kommunen sowie die politischen Parteien in Bund und Land jetzt zusammenstehen, um sich der Krise entgegenzustellen.

Die Unabhängigkeit von fossilen Energieimporten muss unser oberstes Ziel sein, in der Wärme wie beim Strom. Für mich ist deshalb nicht nachvollziehbar, dass wir beim Ausbau der Windkraft als Bundesland weiter hinterherhinken: Lediglich fünf Windkraftanlagen sind im ersten Halbjahr 2022 im Lande in Betrieb gegangen. Bei der Windenergieproduktion ist Baden-Württemberg das zweit schlechteste aller Flächenländer. Die Landesregierung musste bereits nach einem Jahr einräumen, dass das ambitionierte Ziel von 1.000 neuen Windkraftanlagen in dieser Legislaturperiode nicht zu erreichen sein wird. Dass die CDU jetzt die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken fordert, ist nicht mehr als eine Scheindebatte. Die drei Betreiber der in Deutschland noch laufenden AKW, darunter Neckarwestheim II in Baden-Württemberg, haben Laufzeitverlängerungen eine Absage erteilt, weil es technisch nicht umsetzbar ist.

Und bei der Solarenergie schreibt Stuttgart inzwischen zurecht den Häuslebauer:innen vor, dass Photovoltaik aufs Dach muss, bei den eigenen Gebäuden hinkt man jedoch hinterher. Tausende Immobilien in Baden-Württemberg gehören dem Land, auf gerade einmal zwei Prozent davon gibt es Solaranlagen. Zum Vergleich: In Rheinland-Pfalz sind es 15 Prozent. Auch im Landkreis Tübingen ist die Ausstattung desaströs: Meine allererste Anfrage als Abgeordnete vor einem Jahr ergab, dass von mehr als 500 landeseigenen Gebäuden im Kreis gerade einmal sieben eine Solaranlage besitzen.

Die Energiewende ist notwendig, wenn wir Freiheit, Wohlstand und Sicherheit schützen wollen. Diese Landesregierung muss jetzt den Hebel umlegen. Seit Jahren gibt die Landesregierung stets dem Bund die Schuld. Nun regiert dort die Ampel, die beim Klimaschutz mutig vorangeht. Die Zeit ist dafür zu knapp.





MARTIN ROSEMANN HILFT BEI DER ESSENSAUSGABE DER TÜBINGER VESPERKIRCHE



DIE BRAUEREI SCHIMPF IST EINES DER VIELEN LOKALEN UNTERNEHMEN, DASS MARTIN ROSEMANN UND DOROTHEA KLICHE-BEHNKE BESUCHT HABEN

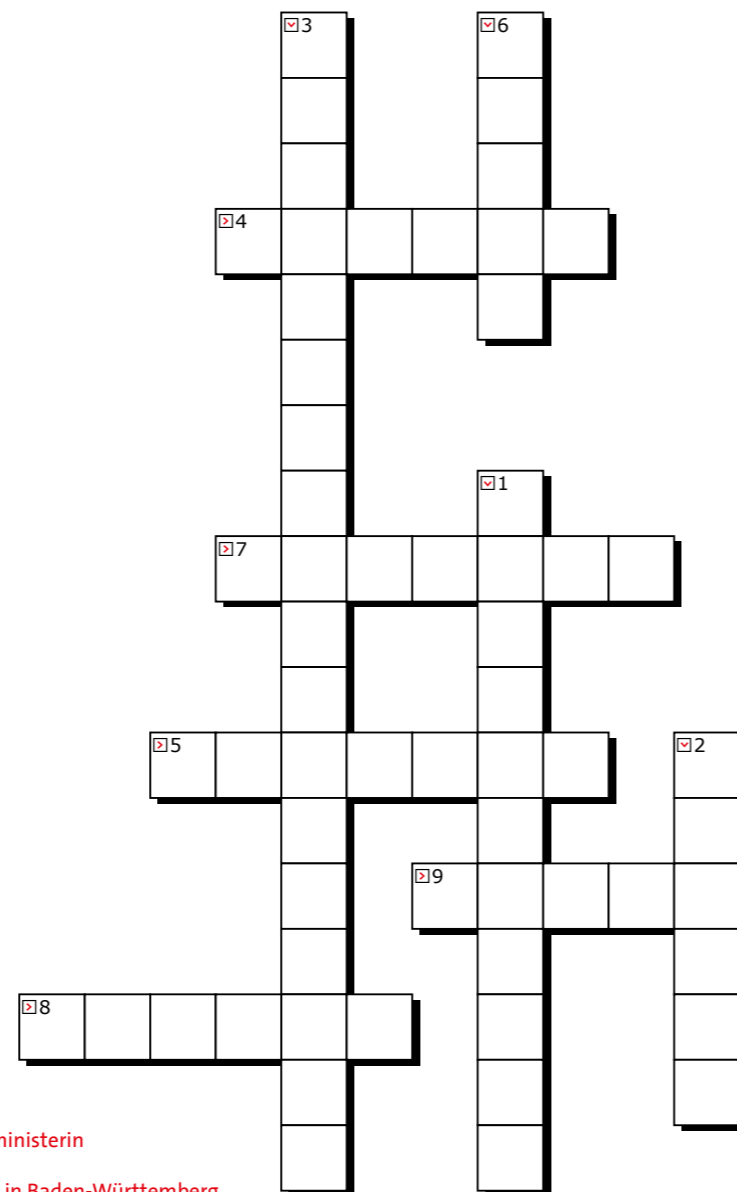


LANGE HAT SICH DIE SPD DAFÜR EINGESETZT: BEI DER NÄCHSTEN LANDTAGSWAHL DÜRFEN 16-JÄHRIGE ENDLICH WÄHLEN!

1. Wird im Oktober auf 12 Euro erhöht
2. Nachname des neunten Bundeskanzlers
3. Wurde dieses Jahr 70
4. Nachname einer OB-Kandidatin für Tübingen
5. Das darf man in Baden-Württemberg bald ab 16

6. Neue Koalition im Bund
7. Nachname der Bundesbauministerin
8. Wird bald reformiert
9. Landesvorsitzender der SPD in Baden-Württemberg

KREUZWORTRÄTSEL



ROSEMANNS EINSATZ FÜR DIE BESCHÄFTIGTEN VON WALTER

Den Strukturwandel in unserer Industrie können Unternehmen und ihre Beschäftigten nur gemeinsam auf Augenhöhe und mit Vertrauen gestalten. Auch hier vor Ort! Umso überraschter war ich, als die Walter AG den Abbau von 110 Stellen am Standort Tübingen verkündet hat und die Gespräche zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat gescheitert sind. Auf Bitten von Betriebsrat und IG Metall habe ich mich gemeinsam mit dem Tübinger Oberbürgermeister Palmer an den Walter-Vorstand gewandt und diesen um die Wiederaufnahme der direkten Gespräche gebeten. Dabei haben wir unsere Vermittlung angeboten, die vom Walter-Vorstand leider abgelehnt wurde. Inzwischen haben sich die Walter AG und ihr Betriebsrat nach einem langwierigen und schwierigen Verhandlungsprozess allerdings doch noch einigen können – das begrüße ich ausdrücklich! Es hat sich gelohnt, für den Standort zu kämpfen und zu-

sammenzustehen. Das Ergebnis ist natürlich ein Kompromiss, bei dem beide Seiten Zugeständnisse machen müssen und der jetzt vereinbarte Stellenabbau ist schmerzhaft. Das Ergebnis zeigt aber, wie wichtig es ist, immer weiter miteinander zu reden und dass es bei gutem Willen beider Seiten auch eine Lösung gibt. Es zeigt auch, dass Veränderungen am Ende nur auf Augenhöhe von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gestaltet werden können. Deshalb hoffe ich, dass mit der Einigung auch wieder neues Vertrauen zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat entsteht. Entscheidend ist nun, dass für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gute Perspektiven in der Region eröffnet werden können. Dies werde ich als örtlicher Abgeordneter unterstützen. Denn es braucht in Hinblick auf den Strukturwandel einen zukunftsfähigen Produktionsstandort Tübingen!



MIT OB-KANDIDATIN SOFIE GEISEL STEHEN MARTIN ROSEMANN UND DOROTHEA KLICHE-BEHNKE IN GUTEM AUSTAUSCH

ERLEICHTERUNGEN FÜR STUDIERENDE: DIE BAFÖG-NOVELLE IST DA!

Alleine in Tübingen gibt es über 28.000 Studierende. Wir sind froh, dass auch sie nun von den Verbesserungen durch die neue Bafög-Reform profitieren werden. Nicht nur wird die Ausbildungsförderung stark ausgebaut, das Bafög wird auch strukturell modernisiert. Zudem wird es, in Reaktion auf die Erfahrungen mit der Corona-Pandemie, auch für künftige Krisen besser gewappnet sein. Das ist gut, damit Studierende auch in Notsituationen mehr Planungssicherheit erhalten. Im Detail hat die Novelle zum Ziel, dass mehr Menschen Bafög-berechtigt sind und die Ausbildungsunterstützung somit wirklich der Breite der Bevölkerung zugänglich gemacht wird. In Tübingen, wie in vielen Unistädten, sind die Mieten für WG- oder Wohnheim-

zimmer in den letzten Jahren stark gestiegen. Auch andere Lebenshaltungskosten von Studierenden, etwa die Semesterbeiträge, nehmen zu. Das muss sich dann auch im Bafög widerspiegeln. Außerdem ist die Zahl der Förderberechtigten in den letzten Jahren immer weiter gesunken. Um diesen Trend umzukehren, wird deshalb jetzt unter anderem die Freibetragsgrenze vom Einkommen der Bafög-Beziehenden um 20 Prozent erhöht und die Altersgrenze beim Bafög mit 45 Jahren deutlich nach oben gesetzt. Außerdem werden bürokratische Hürden abgebaut und die Bedarfssätze durch den neuen Förderhöchstbetrag von 931 Euro angehoben. Auch wird der Restschulden-erlass leichter. Insgesamt ist die Novelle ein erster

wichtiger Schritt zu schnellen Verbesserungen, der aber natürlich noch keine nachhaltige Trendwende bewirken kann. Für die nachfolgende große Strukturreform beim Bafög haben wir uns in der Ampelkoalition bereits auf die zentralen Eckpunkte verständigt. Hier packen wir dann die großen Themen an, um die Lebensrealität junger Menschen wieder besser abbilden zu können. Unter anderem haben wir vor, die Förderhöchstdauer beim Fachrichtungswechsel anzuheben, eine Studienstarthilfe für Studierende aus Bedarfsgemeinschaften einzuführen und die Bedarfssätze regelmäßig anzupassen. Doch schon mit dem jetzigen Gesetz wird das Bafög inklusiver, moderner und zugänglicher!

UNSERE VERANTWORTUNG FÜR EINE UNABHÄNGIGE UND NACHHALTIGE ENERGIEVERSORGUNG

Der Krieg verändert vieles und bringt den Abschied von alten Gewissheiten. In Hinblick auf den Krieg in der Ukraine und eine völlig veränderte Sicherheitslage ist klar, dass die Unabhängigkeit von russischen Energielieferungen schnellstmöglich vollzogen werden muss. Kurzfristige Lösungen sind das eine; doch auch mit Blick auf den kürzlich veröffentlichten UN-Klimabericht kann es mittel- und langfristig nur eine Lösung geben: den maximal beschleunigten und konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien. Nur so kann eine unabhängige und nachhaltige Energieversorgung für Deutschland und damit auch unsere wirtschaftliche Zukunft gesichert werden. Und nur so können wir klimaneutral werden. Die Fortschrittskoalition aus SPD, Grünen und FDP hat sich deshalb auf Bundesebene vorgenommen, alle Hürden für den Ausbau erneuerbarer Energien konsequent abzubauen und die Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich zu beschleunigen und zu vereinfachen. Dazu wurden mit dem Osterpaket über 20 Gesetze und Verordnungen überarbeitet um den Ausbau schnell und effizient voranzutreiben. Bis 2030 sollen Erneuerbare Energien einen Anteil von 80 Prozent ausmachen. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir nun auch gesetzlich klargestellt, dass Erneuerbare Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegen und bei den Genehmigungen absoluten Vorrang erhalten werden. Konkret sorgen wir dafür, dass es sich wieder lohnt, Dächer mit Photovoltaik zu versehen – an Autobahnen, neben Schienen oder auf Parkplätzen. Und auch dafür, dass sich die Anzahl der Windräder tatsächlich signifikant erhöhen kann. Zum einen, indem künftig jedes Bundesland etwa zwei Prozent seiner Fläche verbindlich für Windenergie bereitstellen muss – mit Option, dass Abstandsregelungen bei Nicht-Einhaltung verboten werden können. Und zum anderen, indem Genehmigungen beschleunigt werden, auch

durch Veränderungen von Standards z.B. beim Artenschutz. Besonders hervorzuheben sind zudem neue Regelungen zur Beteiligung von Bürger:innen und Kommunen an Windenergieprojekten, von denen sie nun auch direkt profitieren können. Ebenso wichtig sind außerdem die Erweiterung von Mitspracherechten von Städten und Gemeinden beim Bau von Windenergie und deren finanzielle Entlastung dabei. Das Osterpaket wird im Herbst um zwei weitere Ausbaupakete ergänzt. Am Ende wird der notwendige Kraftakt für die Energiewende jedoch nur gelingen, wenn alle dabei mitziehen: die Länder, die Kommunen und die Bürger:innen. Die Bundespolitik kann nur die Rahmenbedingungen schaffen. Doch auch die grün-schwarzen Landesregierung muss endlich liefern. Das gilt umso mehr als von den im Koalitionsvertrag angekündigten 1.000 neuen Windrädern im ersten Quartal dieses Jahres gerade mal drei realisiert wurden und Baden-Württemberg bei den erneuerbaren Energien bundesweit Schlusslicht ist. Entscheidend wird es deshalb am Ende vor Ort, wenn es um den konkreten Windkraftstandort, die Fläche für die Photovoltaik-Anlage oder die Solarthermie geht. Die Energiewende gelingt nur, wenn die dafür notwendigen Projekte nicht durch den Widerstand von Bürger:innen und ihren Initiativen vor Ort ausgebremsst oder gar verhindert werden. Natürlich gibt es immer Standorte, die vielleicht noch etwas besser geeignet sind, wo mehr Wind weht oder die Sonne häufiger scheint. Jedoch müssen wir weg von einer Haltung nach dem Motto „ich bin ja für die Energiewende, aber nicht vor der eigenen Haustür“. Denn am Ende tragen wir alle – nicht nur die Politik – die Verantwortung für unsere Zukunft und müssen mehr Mut und Entschlossenheit zeigen. Unsere Kinder und Enkel werden es uns danken!



WO WISSEN LEBEN RETTET

HIER LASSEN WIR IMMER EINEN MENSCHEN AUS DEM WAHLKREIS ZU WORT KOMMEN. DIESES MAL BERICHTET FRIEDER SCHWARZE VON SEINEN ERFAHRUNGEN ALS FREIWILLIGER AUF DER GRIECHISCHEN INSEL SAMOS.

Gekommen sind Marie und Etienne für Überlebensnotwendiges. Von der NGO um die Ecke tragen sie eine Tasche voller Nahrungsmittel, Hygieneartikel und Bustickets. Während Marie das letzte ihrer knapp zehn neuen Kleidungsstücke aussucht, tauscht Etienne seine kaputten Flip-Flops gegen das passende Paar Joggingsschuhe. Ein paar Infozettel gibt es noch auf die Hand, die beiden Kund:innen werden ausgecheckt, die nächsten warten schon.

Seit April 2022 arbeite ich für Samos Volunteers in Griechenland. Die Nichtregierungsorganisation konzentriert sich vor Ort auf informelle Bildungsangebote, das Bereitstellen von community safe spaces und das Verteilen von Kleidung mittels eines free shops.

Wer in kurzer Zeit an hunderte von Geflüchteten tausende von Kleidungsstücken ausgeben möchte, der braucht Vieles: ein Warenlager, ein digitales Logistik-System, viel Energie und ein gutes Team. Aber all das nützt nichts, wenn es an einem mangelt: Information. Auf Samos ist es oft Wissen, das Menschen überhaupt ermöglicht, Entscheidungen zu treffen, eine Wahl zu haben. Information und dignity hört man hier oft in einem Satz.

Um die Kleiderausgabe transparent und gerecht zu gestalten, müssen der Beginn der Ausgabe, die Öffnungszeiten des free shops sowie die Zahl der Kleidungsstücke pro Person frühzeitig und klar kommuniziert werden. Bei Samos Volunteers in fünf Sprachen auf Handzetteln, Plakaten und auf Nachfrage von allen Mitarbeitenden. Für die Übersetzung sind die NGOs auf Mithilfe aus der Flüchtlingscommunity angewiesen. Überhaupt: ohne ständigen Informationsaustausch mit Menschen innerhalb der Community

geht nichts. Hier kommen Ideen für neue Projekte wie etwa einen Lauffreitag auf, Organisationen werden so aber auch über die neuesten Entwicklungen innerhalb des Camps in Kenntnis gesetzt.

Die erste Frage an Neuankommende lautet stets: Haben Sie schon mit den lawyers gesprochen? Die juristischen Hilfsorganisationen fechten auf Samos zwar keine Gerichtsverfahren aus. Das auf Ablehnung konzipierte fast-track-Verfahren erfordert es aber, die Geflüchteten schnellstmöglich auf die Interviews mit den Behörden vorzubereiten. Sonst bereiten der Mangel an Wissen über den Verfahrensaufbau und die Fragenstruktur dem Asylbestreben ein jähes Ende.

Im Mai blieb im 43 Millionen Euro teuren, EU-finanzierten Camp für 17 Tage das Wasser aus. Geflüchteten und Menschenrechtsakteur:innen wurde wochenlang Information vorenthalten, die Folgen auch hier fatal.

Die Lage auf Samos ist katastrophal. Es ist niederschmetternd, wenn Hilferufe immer erst dann gehört werden, wenn Medien von Weltformat davon berichten. Umso wichtiger, dass die jüngsten Berichte zweier UN Special Rapporteurs mit ihrer Kritik am Status quo eine deutliche Sprache sprechen.

Und so sind der größte Beitrag vielleicht doch nicht die zahllosen T-Shirts, die man als Freiwilliger weitergibt, sondern das Wissen. Ob in einer Abgeordnetenzeitschrift oder auf einem Handzettel in fünf Sprachen. Dass Marie auf der Flucht nach Samos ihr ungeborenes Kind verloren hat und sie ohne die Karte auf der Zettelrückseite den Weg zum Krankenhaus für eine Notoperation nicht gefunden hätte, habe ich erst später erfahren.